

Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
22. Sitzung

12.11.1986
rp-ma

An Gesprächen mit dem DGB habe es seit dem 19. September zwei Gespräche des Ministerpräsidenten mit dem Vorsitzenden des DGB gegeben. An beiden Gesprächen habe er - Zöpel - teilgenommen.

Wie viele der 43 000 Wohnungen von anderen Unternehmen als der LEG übernommen werden könnten, könne er nicht sagen. Die Gespräche seien nicht soweit, daß man das beziffern könne. - Auf eine Zwischenfrage des Abg. Kuhl (F.D.P.) antwortet der Minister, er hielte es für sinnvoll, daß nicht mehr als 50 % der Wohnungen durch die LEG übernommen würden. An den anderen Unternehmen, mit denen wegen der Übernahme der Wohnungen gesprochen werde, sei das Land nicht beteiligt, soweit er das überblicken könne.

Auf die Frage des Abg. Doppmeier nach dem gegenwärtigen Stand der Eigentumsverhältnisse bei der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen antwortet Ministerialdirigent Dr. Bussfeld (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr): Die Telefonnotiz, die er heute morgen erhalten habe, laute: Die Neue Heimat Nordrhein-Westfalen gehört wieder der BGAG. Mehr könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Aus Presseberichten sei aber bekannt, daß aus steuerlichen Gründen wahrscheinlich der Weg gewählt werde, daß die BGAG wieder eine 98%ige Beteiligung erwerbe. - Minister Dr. Zöpel sagt zu, bezüglich der Eigentumsverhältnisse Näheres mitzuteilen, sobald er es wisse, und fährt in der Beantwortung der Fragen des Abg. Doppmeier fort:

Der jetzige Wechsel der Eigentümer der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen habe keine speziellen Konsequenzen für das Verfahren auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit. Es bleibe bei seiner öffentlich dargelegten Position: Sollte die Oberfinanzdirektion mit dem Vorschlag des Regierungspräsidenten nicht einverstanden sein, oder sollte aus Abwägungsgründen, die insbesondere auf der Sicherung von Finanzpositionen des Landes oder Dritter beruhen würden, das Land zu anderen Abwägungen als der Regierungspräsident kommen, dann werde dieser Abwägungsprozeß seitens der Landesregierung mit dem Bundesfinanzminister zu erörtern sein, und er werde auch mit den Oppositionsparteien erörtert werden. Sicher sei, daß die Eigentümer der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen, insbesondere wenn sie mit den Eigentümern, die im Prüfungszeitraum letztlich als Eigentümer verantwortlich gewesen seien, wirtschaftlich verbunden seien, Schaden ausgleichen müßten.

Der von Abg. Püll (CDU) vorgetragene Wunsch, über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zu einem späteren Zeitpunkt abzustimmen, damit sich die Oppositionsfraktionen mit diesem Antrag befassen könnten, führt zu einer kurzen Diskussion, in der der Vorsitzende vorschlägt, die Sitzung kurz zu unterbrechen.